

I.L.A. Kollektiv



# AUF KOSTEN ANDERER?

Wie die imperiale Lebensweise ein  
gutes Leben für alle verhindert

Mit einem  
Vorwort von  
**Ulrich Brand,**  
**Barbara Muraca**  
und **Markus**  
**Wissen**



# Der Preis des Geldes: Wie Finanzen den Alltag ordnen

---

*»Geld befreit die sozialen Akteure aus ihrer Abhängigkeit von lokalen Ressourcen und öffnet ihnen die ganze Welt als Feld ihrer Operationen. [...] Das Problem mit dem Geld ist nur: Man muss es haben.«*  
(Deutschmann, 2000)

---

**S**tell dir vor, du hättest plötzlich kein Geld mehr.<sup>1</sup> Oder stell dir vor, du hättest zwar eigentlich noch Geld auf dem Konto, könntest aber plötzlich keines mehr abheben. Und das für unabsehbare Zeit.

So erging es vielen Menschen in Griechenland Anfang Juli 2015.<sup>2</sup> Dort erlaubte die Regierung pro Person nur noch Auszahlungen von maximal 60 Euro am Tag. Und selbst das war für einige Geldautomaten zu viel. Der Grund dafür war, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den griechischen Geschäftsbanken kein Geld mehr zur Verfügung stellen wollte. Die griechische Regierung hatte sich geweigert, als Gegenleistung für weitere Kredite eine harte Kürzungspolitik einzuschlagen. Als die EZB Griechenland daraufhin den Geldhahn zudrehte, steuerte die griechische Gesellschaft auf einen wirtschaftlichen Kollaps zu. Obwohl eine Mehrheit von 61 % die Sparmaßnahmen bei einem Referendum am 5. Juli 2015 ablehnte, beugte sich die Regierung schließlich dem Druck der Gläubiger.

Diese Situation zeigt, wie abhängig kapitalistische Gesellschaften von Geld sind.<sup>3</sup> Und es zeigt, welche tragende Rolle Geld als Tauschmittel in unserer Gesellschaft einnimmt.<sup>4</sup> Selbst wenn die Supermärkte mit unzähligen Produkten gefüllt sind, gibt es auch in »Überflussgesellschaften«<sup>5</sup> wie der deutschen noch Menschen, die keinen Zugang zu Produkten bekommen. Stattdessen werden jeden Tag tonnenweise Lebensmittel weggeschmissen und bedürftigen Menschen vorenthalten. Und das nur, weil sie kein Geld haben, mit dem sie sich diese Lebensmittel kaufen könnten. In diesem Sinne sind Supermärkte, die häufig als »Inbegriff des Überflusses«<sup>6</sup> gelten, in Wirklichkeit Institutionen, die Knappheit überhaupt erst erzeugen. Nämlich indem sie – wie Märkte allgemein – die Verteilung von Gütern auf Basis der Zahlungsfähigkeit organisieren.<sup>7</sup>

Die Existenz von Geld und Märkten ist für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft selbstverständlich. Ob Bargeld, Girokonto, Kreditkarte, Versicherungen – sie alle sind ein nicht hinterfragter Teil ihres Lebens. Es gilt als normal einem guten Gehalt und persönlichen Sparzielen andere Lebensziele unterzuordnen. Kann ein Mensch mit dem eigenen Einkommen nicht haushalten, wird dies häufig als persönliches Versagen betrachtet. Wenn Staaten soziale Grundfunktionen kürzen oder nicht erfüllen können, weil sie Kredite bedienen müssen, erscheint dies vielen als eine gerechtfertigte Konsequenz.<sup>8</sup>

Diese Selbstverständlichkeit kann durchaus verwundern, trägt doch das Geld- und Finanzsystem in seiner heutigen Form regelmäßig zu Krisen bei. Denken wir nur an die Finanz- und »Eurokrise«, aber auch an soziale Pro-

bleme wie Armut und Ungleichheit. Geld und Finanzen sind dabei ein Kernelement der imperialen Lebensweise. Sie verknüpfen das individuelle Leben mit einer auf Profit und Wachstum basierenden Wirtschaftsweise. Geld und Finanzen sind im Alltag verankert und festigen so eine Produktionsweise, die nicht nur auf dem unbegrenzten Zugriff auf Arbeit und Natur beruht, sondern zunehmend auch »auf [dem] Ganze[n] des Lebens und der Welt«<sup>9</sup>.

Dieses Kapitel verdeutlicht, dass Übergänge in eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft nur geschaffen werden können, wenn wir die scheinbare Normalität von Geld und Finanzen sowie ihren Stellenwert in der Gesellschaft hinterfragen. Im ersten Abschnitt zeigen wir, wie Geld nicht nur unsere Wahrnehmungen und Orientierungen prägt, sondern auch unser Handeln, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen sowie unsere Beziehungen zur Natur. Der zweite Abschnitt erklärt, wie Schulden den Alltag durchdringen und zugleich globale Machtverhältnisse ordnen. Der dritte Abschnitt widmet sich Finanzprodukten: Am Beispiel der kapitalgedeckten Rentenvorsorge zeigen wir, wie sehr unsere politischen Institutionen von kapitalistischer Logik bestimmt sind, anstatt dem Ziel menschlicher Bedürfnisbefriedigung zu dienen. Abschließend widmen wir uns Möglichkeiten zur Überwindung der angesprochenen Probleme.

## Geld bestimmt den Alltag

»**Erst eine Gesellschaft mit Geldwirtschaft kann den phantastischen Gedanken aufbringen, Arbeit sei knapp und deshalb begehrenswert.**«  
(Luhmann, 1994)

Nach landläufiger Meinung gewährleisten Geld und Finanzen das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft, was zu einer möglichst optimalen Verteilung von Ressourcen führt.<sup>10</sup> Doch spätestens seit der Finanzkrise ab 2007 und diversen Bankenrettungen durch Steuergelder fragen sich immer mehr Menschen, was eigentlich mit dem Geld passiert, das sie auf ihrem Konto haben.<sup>11</sup> Tatsächlich aber trifft diese Frage nur die Hälfte des Problems: Denn mindestens genauso wichtig ist die Frage, was das Geld mit uns »macht« – und mit jenen, die durch Geld und Finanzen mit uns in Verbindung stehen.

Ökonom\*innen gehen meist davon aus, dass Geld lediglich ein neutraler Vermittler ist.<sup>12</sup> Doch tatsächlich beeinflusst Geld die Interaktion von Menschen untereinander<sup>13</sup> und auch zwischen Mensch und Biosphäre.<sup>14</sup> So hängt das Ausmaß des imperialen Zugriffs auf Arbeit und Umwelt maßgeblich vom Einkommen ab (siehe Abb. 5.1).<sup>15</sup> Soll heißen: Wer viel verdient, fliegt und konsumiert tendenziell viel und ist somit überproportional stark an Ausbeutung von Menschen und Natur – vornehmlich im Globalen Süden – beteiligt. Das liegt nicht so sehr an höheren »direkten Emissionen«, sondern vielmehr am Kauf

vieler arbeits- und emissionsintensiv hergestellter Produkte (siehe MOBILITÄT und ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).<sup>16</sup>

Dieser Effekt ist selbst bei besonders umweltbewussten Menschen zu beobachten.<sup>17</sup> Dies zeigt, wie schwierig es ist, sich dem ›Konsumimperativ‹<sup>18</sup> in einer von Geld geprägten Gesellschaft zu entziehen.<sup>19</sup> Dabei ist die Geldgesellschaft ein relativ junges Phänomen. Wie der HISTORISCHE ABRISSE zeigt, wandelten sich selbst früh industrialisierte Länder wie Deutschland erst während des Fordismus im 20. Jahrhundert in Konsum- und (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaften, in denen die Lohnarbeit die Selbstversorgung, auch Subsistenzwirtschaft genannt, verdrängte.<sup>20</sup> Erst dadurch konnte sich die imperiale Lebensweise als Massenphänomen etablieren. In der Geldgesellschaft nehmen Gelderwerb und Konsum<sup>i</sup> nicht nur eine existenznotwendige Rolle ein, sondern erscheinen uns als die einzig mögliche Form von ›Wohlstand‹.<sup>21</sup> Dementsprechend wird Arbeit in der Geldgesellschaft weniger als Befriedigung menschlicher Bedürfnisse<sup>22</sup> (siehe SORGE) oder als sinnstiftend betrachtet, sondern vor allem als Mittel der Geldgewinnung.<sup>23</sup> Dabei setzt uns das Geld auf dem Arbeitsmarkt zunächst als Konkurrent\*innen in Beziehung:<sup>24</sup> Bietet eine andere Person dieselbe Arbeit günstiger an, ist unser Lohn gefährdet. Vermittelt über Werbung, Bildung und Erziehung wird die Orientierung an Geld und Konsum tief im Alltagsverständnis verankert.<sup>25</sup> Deshalb neigen wir dazu, die Welt in Geld zu messen und zu bewerten, also quantitativ statt qualitativ, rein ökonomisch statt sozial und ökologisch. So können wir zerstörerische Folgen ausblenden.<sup>26</sup>

#### *Versteckte Kosten*

Dieses Ausblenden fällt uns umso leichter, je weniger Informationen wir über die Produkte oder Dienstleistungen unserer Wahl haben. Gemeinhin gelten die Preise als wichtigste Informationsquelle. Problematisch daran ist auch, dass die Preise häufig nicht abbilden können, welche Kosten ›hinter‹ dem Produkt oder einer Dienstleistung stecken. Dies verdeckt, dass viele alltägliche Handlungen, wie die Buchung eines Fluges (siehe MOBILITÄT), der Konsum eines Fleischproduktes (siehe Ernährung und Landwirtschaft) oder die Anstellung eines ›Hausmädchens‹ (siehe SORGE), Teil einer globalen imperialen Struktur sind.

›Imperial‹ ist diese Struktur deshalb, weil sie eine Auslagerung von Kosten fördert (siehe *Externalisierung* im GLOSSAR). So müsste laut einer Geldrechnung ein handelsüblicher Hamburger statt 4 US-Dollar eigentlich 200 US-Dollar kosten.<sup>27</sup> Doch letztendlich wird deutlich: Das Leiden von Tieren, das Leben oder absichtlich verursachte Sterben von Biodiversität und zukünftigen Generationen lässt sich nicht in Geld bewerten. Doch auch, wenn sich die externen Kosten nicht alle internalisieren und als Preis abbilden lassen: Es gibt diese Schäden und sie werden auf andere abgewälzt.<sup>28</sup> Vor allem Frauen\*, Migrant\*innen und prekär Beschäftigte (siehe GLOSSAR) tragen die Kosten für niedrige Preise beziehungsweise hohe Gehälter, beispielsweise auf der Managementebene (siehe SORGE). Das Geld, in diesem Fall der Preis, verstellt die Sicht auf die Ausbeutungsverhältnisse.<sup>29</sup>

#### *Was kostet mein Girokonto wirklich?*

Besonders deutlich wird dies dort, wo damit geworben wird, dass etwas gar nichts kosten soll. Im Fall des Girokontos gibt es in Deutschland sogar den Trend, für die Eröffnung eines kostenlosen Girokontos Gutschriften von bis zu 120 Euro zu gewähren.<sup>30</sup> Eigentlich stellen Girokonten für Banken ein Verlustgeschäft dar. Anstatt mit Girokonten Profit zu machen, dienen sie deshalb vielmehr dazu neue Kund\*innen zu gewinnen. Dabei hoffen Banken auch darauf, dass die Kund\*innen entweder irgendwann das Konto überziehen und dafür hohe Gebühren zahlen müssen oder auf Basis des Girokontos weitere Finanzprodukte wie eine Kreditkarte, ein Tagesgeldkonto oder Kredite erwerben. Die Gewinne, die durch diese anderen Finanzprodukte entstehen, müssen die Girokonten querfinanzieren. Dadurch steht das Girokonto mit Geschäftsbereichen in direkter Verbindung, die – wie wir unten noch ausführlich zeigen – häufig ausbeuterische und zerstörerische Praktiken fördern.

Das Girokonto ist nur ein Element des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Im Zusammenspiel mit der Digitalisierung wird das Bargeld immer weiter zurückgedrängt. So experimentieren deutsche Discounter mit dem Zahlen per Smartphone.<sup>31</sup> Dadurch wird der ›gläserne Kunde‹ Realität. Während bisher vor allem Daten über Suchanfragen, Nachrichteninhalte und Onlineüberweisungen gesammelt wurden, könnte zukünftig jegliche Finanztransaktion gespeichert werden. Zudem dringt das Geld tiefer in unsere Lebensrealität ein, indem nicht nur physische Produkte, sondern auch Zugang zu räumlichen oder immateriellen Gütern (zum Beispiel einem schönen Stadtpark) über Micropay-Applikationen automatisch vom digitalen Konto abgebucht werden können – wenn genug Guthaben vorhanden ist. Natürlich ist das Zukunftsmusik. Doch bereits heute ist unser Leben mit einem undurchsichtigen Netz von analogen und digitalen Zahlungen durchzogen, sodass sich von einer ›finanziellen Lebensweise‹ sprechen lässt.

#### *Ökonomisches Denken blockiert Solidarität*

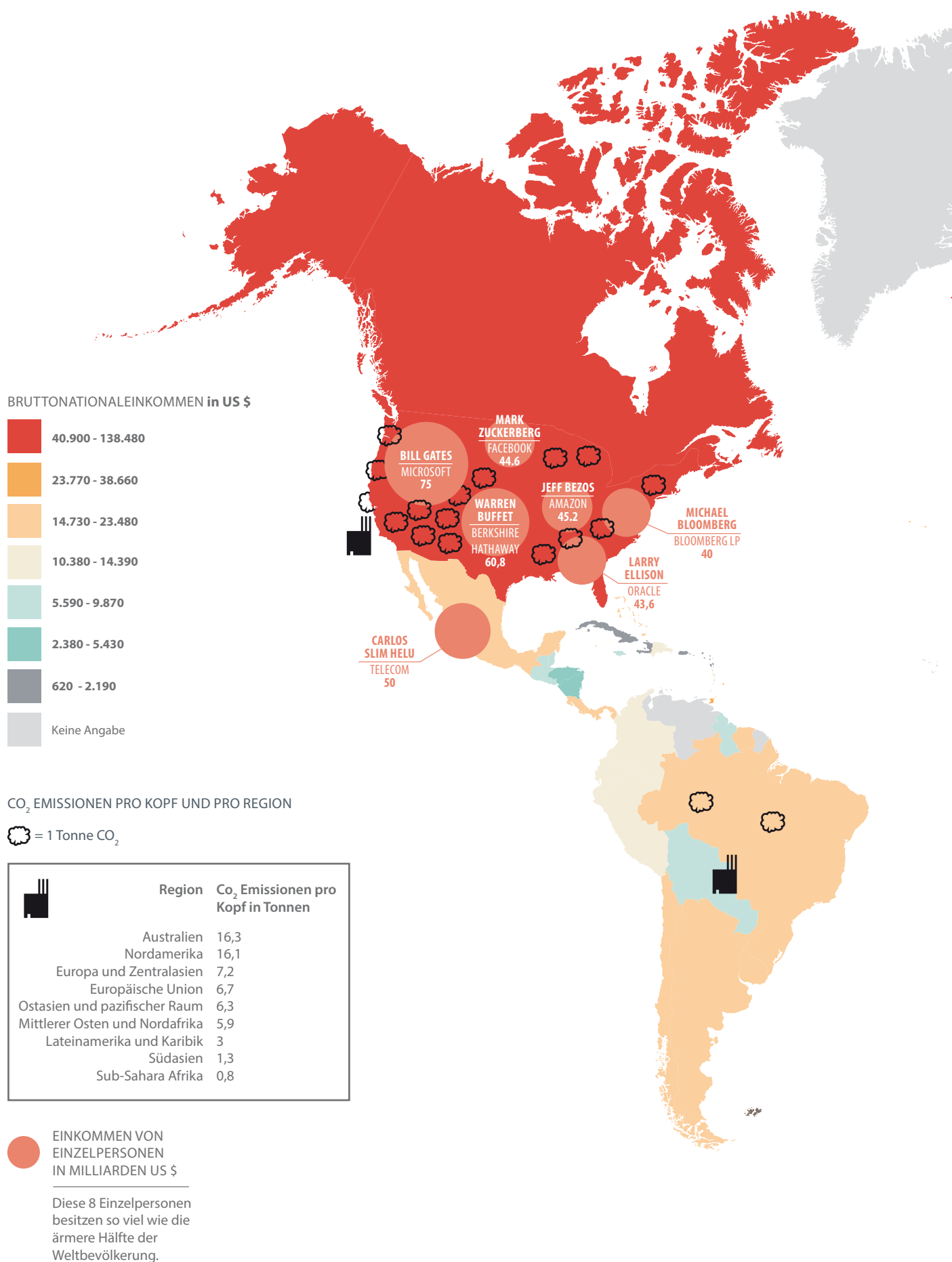
Aufgrund unserer finanziellen Lebensweise sind wir darauf angewiesen Produkte und Dienstleistungen zu kaufen. Denn wir produzieren sie nicht (mehr) selbst. Das führt uns in ein Dilemma. Denn eigentlich wollen wir, dass alle von ihren Löhnen leben können und dass die Produktion von Gütern die Umwelt nicht dauerhaft zerstört. Doch aufgrund unserer Abhängigkeit von den Waren anderer und der oben beschriebenen ökonomischen Logik, sind uns oft niedrige Preise wichtiger, als uns solidarisch mit den Problemen anderer Menschen zu zeigen.<sup>32</sup> So empfinden viele Menschen Dumpinglöhne und gefährliche Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus der Textilbranche als ungerecht – doch noch wichtiger ist es möglichst günstig T-Shirts zu kaufen. Die Beziehung zwischen den T-Shirt-Konsument\*innen und -Produzent\*innen ist ein soziales Verhältnis. Doch diesen Zusammenhang sieht man dem T-Shirt nicht an. Durch die Warenform erscheint die soziale Beziehung als ein sachliches Verhältnis und wird damit entpolitisiert.

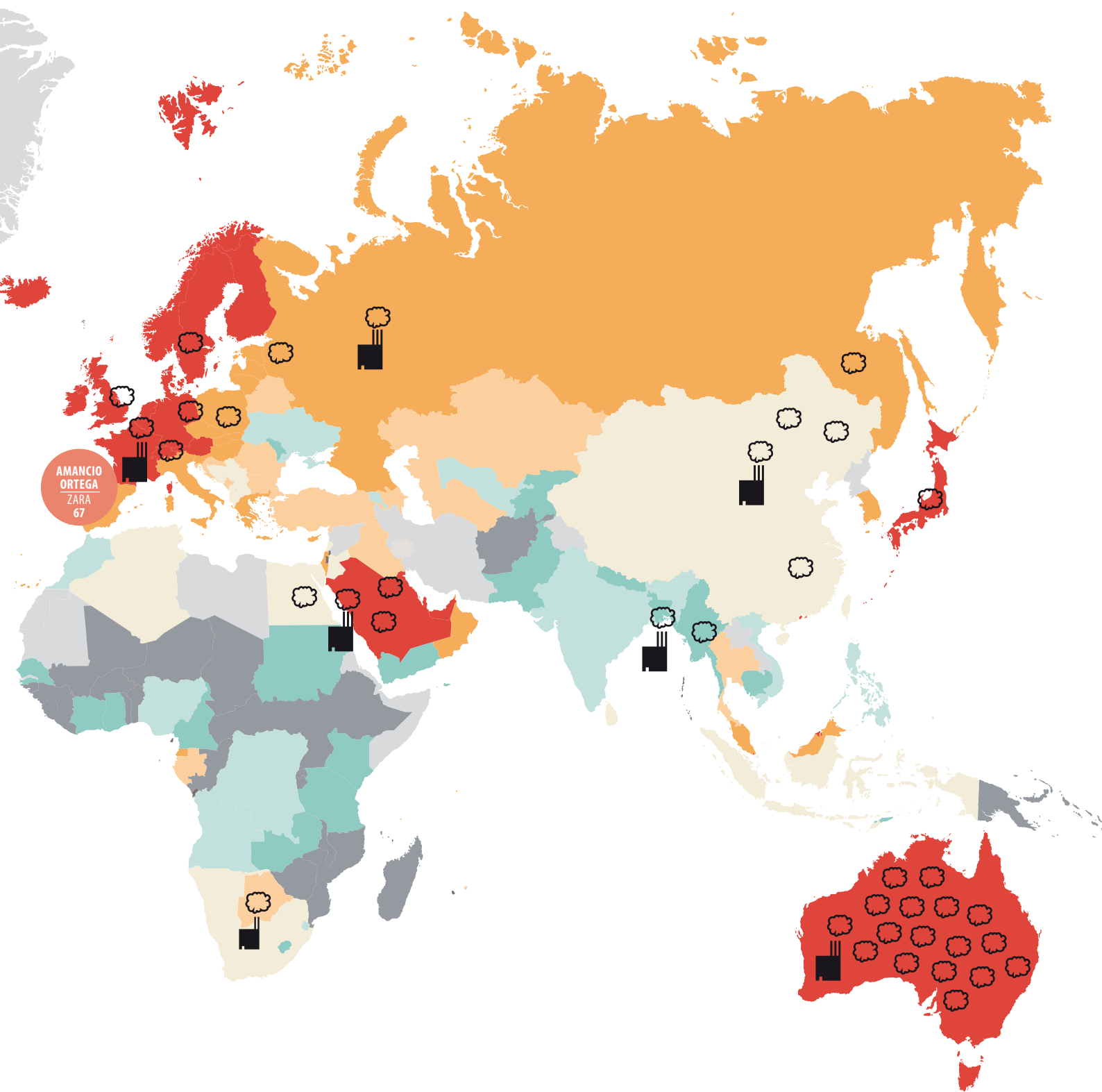
Was Geld auf Seiten der Produktion verschleiert, macht es auf Seiten des Konsums erst sichtbar: Wie viele und welche Dinge und Dienstleistungen wir uns leisten können,

i Für immerhin 6 % der Bevölkerung (in den USA wie auch Deutschland) wird eine ›Kaufsucht‹ angenommen (Bierhoff, 2016, S. 3; Mann, Fauth-Bühler, Seiferth & Heinz, 2013, S. 551–552), die zu Verschuldung führen kann (Rose & Dhandayudham, 2014) und durch die digitale Technologie noch verstärkt wird (Griffiths et al., 2016 und DIGITALISIERUNG).

## Abb. 5.1: Und Geld stinkt doch – unter anderem nach CO<sub>2</sub>

Quellen: Credit Suisse, 2017; Forbes, 2017; Weltbank, 2017a, 2017b





zeigt unseren Status in der Gesellschaft an. Von der Werbung angetrieben, wollen wir uns von den anderen Mitgliedern abheben – eine Rechnung, die nur aufgeht, weil Geld und Vermögen in unserer Gesellschaft ungleich verteilt sind. Denn sobald sich alle ein iPhone leisten könnten, wäre es als Statussymbol wertlos. Dieser subtile und häufig unbewusst ablaufende Statuswettbewerb zeigt, wie sehr wir als Konsument\*innen und Arbeiter\*innen Getriebene der Geldlogik sind.<sup>33</sup>

Die Geldfixierung existiert aber nicht nur auf der individuellen Ebene. Auch unsere politischen Institutionen sind von ihr betroffen. Dies verdeutlicht beispielsweise die gesetzlich festgeschriebene Orientierung der Politik am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP ist jedoch kein Maß des gesellschaftlichen Wohlstands, denn während »Krieg, Verbrechen und Umweltzerstörung«<sup>34</sup> positiv einfließen, sind »viele nützliche Tätigkeiten wie Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit nicht«<sup>35</sup> enthalten. Und dennoch wird nicht nur am BIP als Wohlstandsmaß festgehalten, sondern es werden einem wachsenden BIP andere Ziele, wie beispielsweise der Klimaschutz, untergeordnet. Darüber hinaus stellt der Staat durch die Geldschöpfung mit Hilfe der Zentralbank und durch die Absicherung der Eigentumsrechte überhaupt erst den Rahmen für die Geldgesellschaft und die profitorientierte Wirtschaftsweise bereit.

Fassen wir zusammen: Geld ist keine Privatangelegenheit, sondern fester Bestandteil einer auf Lohnarbeit und Konsum basierenden Produktions- und Lebensweise, die ungleiche Verteilungs- und Ausbeutungseffekte nach sich zieht. Alle Menschen, deren Leben auf Geld(erwerb) basiert, sind mit diesen Effekten verknüpft, auch wenn sie gar nicht zu deren Nutznießer\*innen gehören. Da wir alle daran teilhaben, erscheint es als vollkommen fremd, diese Struktur von Eigentumsrechten, die das Geld vermittelt, anzuzweifeln. Dabei könnte genau darin der Schlüssel für eine sozial-ökologische Transformation liegen, wie wir am Ende dieses Kapitels darstellen werden. Die Verflechtung von Geld und Finanzprodukten mit der Ausbeutung von Menschen und Natur wird noch deutlicher, wenn wir uns dem Thema der Schulden zuwenden.

## Schulden mit System

» Wenn du deiner Bank hundert Pfund schuldest, hast du ein Problem. Aber wenn du ihr eine Million schuldest, hat sie das Problem.«

(John Maynard Keynes)

Auf die heutige Zeit übertragen, könnte das Zitat des Ökonomen Keynes auch so lauten: Wenn eine Bank eine Million Euro Schulden hat, hat sie ein Problem. Aber wenn sie eine Billion Euro Schulden hat, hat das globale Finanzsystem ein Problem.

Nehmen wir das Beispiel Deutsche Bank: Das Geldhaus, das eine der 30 »systemrelevanten« Banken darstellt,<sup>36</sup> hat Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken von über 900 Milliarden Euro. Auch wenn diesem Schuldenberg Kredite von über einer Billion Euro gegenüberstehen, geht von der Deutschen Bank ein Risiko für das globale Finanzsystem aus.<sup>37</sup> Sollte sie bankrottgehen, würde das Verluste bei Geldinstituten weltweit bedeuten – mit ungewissen Folgen.

Die Verflechtung im Bankensektor – die Verschuldung von Banken bei Banken – ist dabei nur die Spitze des Eis-

berges eines weit verzweigten Netzwerkes aus Krediten und Schulden, das Unternehmen, Banken, Staaten, und Einzelpersonen auf der ganzen Welt miteinander verbindet. Das Verhältnis des globalen Finanzvermögens (einschließlich Eigenkapital, Bankguthaben, privaten und öffentlichen Schulden) zum Welt-Bruttoinlandsprodukt ist von annähernd 100 % im Jahr 1980 auf 393 % im Jahr 2007 angewachsen. Vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise betrug es 194 Billionen Dollar. Zählt man nur die Kreditguthaben zusammen, belief sich die globale Verschuldung im Jahr 2007 auf 142 Billionen Dollar. Seitdem ist der globale Schuldenberg nicht etwa geschrumpft, sondern weiter angewachsen – auf 199 Billionen Dollar im zweiten Quartal 2014.<sup>38</sup>

### Was machen Banken?

Doch was haben diese astronomischen Summen und die Investmentgeschäfte von Großbanken mit dem persönlichen Leben eines/r durchschnittlichen Arbeitnehmers/in zu tun? Handelt es sich bei der »eigenen Bank« um eine sogenannte Universalbank, finden verschiedene Bankaktivitäten unter demselben Dach statt. Zum einen werden Spareinlagen angenommen und Konsumkredite vergeben – etwa um ein Studium oder einen Hausbau zu finanzieren. Die Zinsen, die die Bank auf Spareinlagen auszahlt sind für gewöhnlich viel niedriger als die Zinsen, die sie für Kredite verlangt. Dieser Zinsunterschied stellt eine wichtige Einnahmequelle für die Bank dar. Doch Banken können auch auf anderen Wegen zu Geld kommen. Dazu investieren sie in Aktien, Anleihen und andere Wertpapiere und verwenden dafür Einlagen der Bankkund\*innen und fremdes Kapital.<sup>39</sup> Banken sind also gewinnorientierte Unternehmen und erzielen durch Kreditschöpfung und Kapitalgeschäfte Profite. Der ehemalige Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann forderte gar »25 % Eigenkapitalrendite« – also einen Gewinnüberschuss von 25 % des eingesetzten Kapitals.

Um aus Geld mehr Geld zu machen, legen es Banken teilweise in fragwürdige Geschäfte an. Bankkund\*innen sind an diesen Geschäften indirekt beteiligt. Bleiben wir beim Beispiel Deutsche Bank. Auch wenn diese 2011 eine Richtlinie zum Verbot von Investments in Streumunition unterschrieb, unterhält sie weiterhin Geschäftsbeziehungen mit acht der zehn größten Waffenhersteller weltweit und ist somit an der Produktion von Atomwaffensystemen und dem Export von Rüstungsgütern in Krisengebiete beteiligt. An fragwürdigen Geschäftspraktiken festzuhalten wäre ohne das »Wegsehen« von Bankkund\*innen und der Öffentlichkeit schwieriger, zumal es viele Bankinstitute gibt, die sich aus ethischen Gründen nicht an Waffen- oder Nahrungsmittelgeschäften beteiligen.<sup>40</sup>

Doch reine Bankenkritik greift zu kurz. Zum einen sind Investitionen, um Profite zu erzielen, kein Privileg der Banken, sondern ein Strukturmerkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Zum anderen vergeben Banken teure Kredite nicht in erster Linie aus »Gier«, sondern um die Grundfunktionen dieser Wirtschaftsweise aufrechtzuhalten. Wie genau funktioniert das?

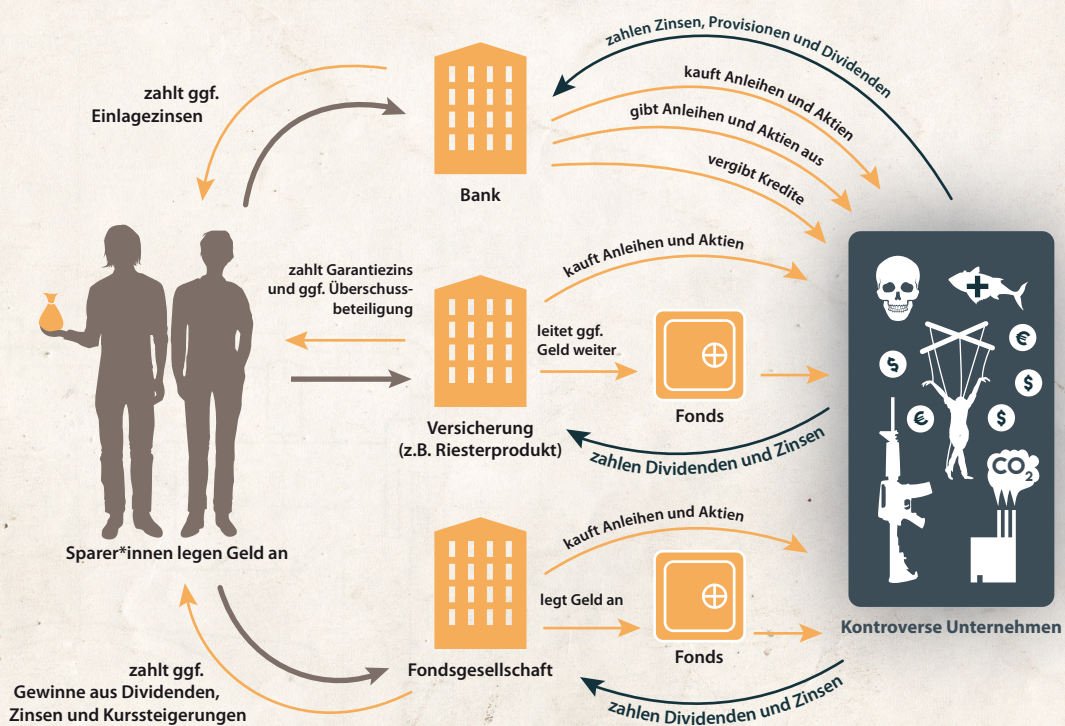
### Wie entstehen Schulden?

Die Mainstream-Ökonomie, also die an Schulen und Universitäten vorherrschende Wirtschaftslehre, hat darauf eine klare Antwort: Banken wandeln Einlagen in Kredite um. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene bedeutet das: Ohne Ersparnisse auf Bankkonten gibt es auch keine Investitionen.<sup>41</sup> Doch selbst die Bank of England sieht das



**Abb. 5.2: Was passiert mit meinem Geld?**

Quelle: adaptiert nach Facing Finance, 2017, S. 5



anders und widersprach in einem wissenschaftlichen Artikel aus dem Jahr 2015 dieser Sichtweise. Sie stellte dar, wie Banken durch die Vergabe von Krediten Schulden – und damit letzten Endes Geld – »aus dem Nichts« erschaffen.<sup>42</sup> Denn ein Kredit speist sich nicht hauptsächlich – wie gemeinhin angenommen – aus den Sparanlagen anderer Bankkund\*innen, sondern die Bank notiert bei sich ein Guthaben und bei dem/der Kreditnehmer\*in eine Schuld in Höhe der Kreditsumme. Die Banken schöpfen auf diese Weise selbst Geld. Die Kreditnehmer\*innen (typischerweise Unternehmen) produzieren mithilfe des Kredits Waren und Dienstleistungen. Aus deren Verkauf entstehen Kapital- und Lohn Einkommen, die den Konsum von produzierten Waren und Dienstleistungen sowie die Begleichung von Krediten wiederum ermöglicht. Der Kredit treibt damit eine Art »Perpetuum Mobile« an, einen sich selbst speisenden Kreislauf, der im Zentrum der kapitalistischen Wachstumswirtschaft steht.<sup>43</sup>

Banken wandeln also nicht in erster Linie bestehende Ersparnisse in Kredite um, sondern erzeugen Kredite (und zugleich den Zins als ihre Einnahmequelle) selbst. Zwar fließen auch Sparguthaben in Kredite und Bankgeschäfte ein, doch die Schöpfung von Giralgeld übersteigt die Guthaben der Bank um ein Vielfaches. Der Satz »Schulden müssen zurückbezahlt werden« basiert daher – so selbstverständlich er zunächst klingen mag – auf einer fragwürdigen Prämisse. Ein Schuldner (zum Beispiel der griechische Staat) verbraucht keinen bestehenden Geldbestand, der zurückgezahlt werden könnte. Sondern er erzeugt erst durch seine Kreditnachfrage das Guthaben sowie eine Einnahmequelle für die Gläubiger. Die sogenannten »Retungskredite« dienen in erster Linie dazu, alte Kredite zu bedienen, also das Einkommen des Finanzsektors aufrecht zu halten. Diese »Schuldenfabrik« muss am Laufen gehalten werden, sollen systemische Anpassungen – Schulden-

schnitte, Kapitalabgaben oder die Vergesellschaftung von Banken – vermieden werden. Auch wenn dies, wie etwa bei der sogenannten »Griechenlandrettung« in der Eurozone, dazu führt, dass ökonomische Probleme nicht an der Wurzel gelöst werden.<sup>44</sup>

#### Schulden als Treibstoff

Im oben beschriebenen Perpetuum Mobile erscheinen Schulden wie ein neutrales Schmiermittel. Tatsächlich sind Schulden vielmehr so etwas wie ein fossiler Treibstoff. Irgendwann gehen sie zur Neige. Sie treiben das Wirtschaftswachstum für eine Weile an, indem Kreditnehmer\*innen davon Güter und Dienstleistungen kaufen. Doch ab einem bestimmten Punkt müssen die Kredite zurückgezahlt werden. Dies entzieht der Ökonomie wieder Zahlungsfähigkeit. Wie im HISTORISCHEN ABRISSE gezeigt, basierte das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte auf einem stetig wachsenden Schuldenberg. Durch Steuersenkungen auf Kapitaleinkommen (also weniger Staatseinnahmen) und den Rückbau sozialer Leistungen waren Staaten und Konsument\*innen zunehmend darauf angewiesen, ihre Ausgaben durch Kredite zu finanzieren. Das geht solange gut, wie Banken und Investoren darauf vertrauen, dass die Kredite wieder zurückgezahlt werden und deshalb neue Kredite vergeben.<sup>45</sup>

Dieses Vertrauen in die globale Schuldenökonomie geht seit Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 zunehmend verloren. Zunächst kollabierte das US-amerikanische Hypothekenkreditgeschäft. Da die Hypothekenschulden verbriefte – also in handelbare Wertpapiere umgewandelt – und weiterverkauft worden waren, saßen Finanzinstitutionen auf der ganzen Welt plötzlich auf Wertpapieren, die nichts mehr wert waren. In ihnen waren Schulden enthalten, die die Kreditnehmer\*innen nicht mehr begleichen konnten. Daraufhin nahmen Regierungen eigene Kredite

und Bürgschaften auf sich, um den Banken die eigentlich wertlosen Papiere »abzukaufen«.<sup>46</sup> Die Trennung zwischen »privater« und »öffentlicher Verschuldung« führt demnach in die Irre. In der Finanzkrise wurden »private« Schulden der Banken in öffentliche Schulden transformiert, um das globale Finanzsystem zu stützen, welches laufende Privatverschuldung ermöglicht. Die Stabilität nationaler Währungs- und Wirtschaftsräume – und damit der eigenen Lebensweise – hängt maßgeblich davon ab, dass die Schuldenspirale aufrechterhalten wird. Das eigene Leben in Zentraleuropa hat mit den Schuldenkrisen in Südeuropa und Ländern des Globalen Südens mehr zu tun, als es zunächst scheint.

#### *Schulden ordnen internationale Machtverhältnisse*

Eine wichtige strukturelle Ursache für die Refinanzierungsprobleme Griechenlands sind dessen Außenhandelsdefizite.<sup>47</sup> Bei einem Außenhandelsdefizit importiert ein Land mehr Waren und Dienstleistungen als es exportiert. Defizitländern stehen Überschussländer, wie etwa Deutschland, gegenüber, die Forderungen gegenüber dem Ausland aufbauen. Da ein wichtiger Bestandteil der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wie oben gezeigt aus Schulden herrührt, beruht der deutsche Exportboom darauf, dass sich ausländische private Haushalte und Staaten verschulden. Exportüberschussländer absorbieren Nachfrage von anderen Ländern und sind damit mitverantwortlich, wenn diese Länder in eine ökonomische Schieflage geraten.

Das Beispiel Eurokrise macht deutlich, wie kompliziert und verwickelt Ausbeutungsverhältnisse im 21. Jahrhundert geworden sind. Einerseits ist der »Exportweltmeister« Deutschland indirekt für die ökonomische Schieflage Griechenlands mitverantwortlich. Jobs und Einkommen vieler Menschen sind damit von der ökonomischen Ausbeutung anderer Länder abhängig. Andererseits basiert der Exportboom unter anderem auf der Einführung eines Niedriglohnsektors und damit prekären Arbeitsverhältnissen in Deutschland. In anderen Worten: Arbeitnehmer\*innen in Deutschland beuten die griechische Ökonomie strukturell aus, aber nur indem sie selber stärker ausgebeutet werden. Dieser Doppelcharakter – von einer ausbeuterischen Struktur zu profitieren und zugleich selbst benachteiligt zu sein – ist bezeichnend für die imperiale Produktions- und Lebensweise.

Dass die »Rettungspakete« für Griechenland wenig mit Wohltätigkeit zu tun haben, zeigt eine Studie von Attac Österreich der ersten beiden Kreditprogramme aus den Jahren 2010 und 2012.<sup>48</sup> Laut dieser Studie kamen 49 % der Kredite von IWF (Internationaler Währungsfond), Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission an die griechische Regierung unmittelbar den Gläubigern der griechischen Regierung zugute und nicht dem griechischen Staat selbst. Während 22,5 % (rund 46,6 Milliarden Euro) an den griechischen Staatshaushalt gingen, flossen 16,7 % (rund 34,6 Milliarden Euro) als Zinszahlungen für bestehende Kredite erneut an die Gläubiger. Im laufenden, dritten Kreditprogramm, fließen sogar 62,5 % der versprochenen 86 Milliarden Euro Hilfgelder in die Begleichung von alten Schulden und laufende Zinszahlungen.<sup>49</sup>

Auch bei der »Entwicklungshilfe« für Länder des globalen Südens lohnt sich ein zweiter Blick. Maßnahmen zur Entschuldung und Ausgaben zur Bekämpfung von Migration und Terrorismus werden zum Entwicklungsbudget hinzugerechnet, obwohl es sich nicht um unidirektionale

finanzielle Transaktionen handelt – also um Geldströme, die ausschließlich von Nord nach Süd fließen.<sup>50</sup> Zur Entwicklungshilfe zählen auch bilaterale Kredite und öffentlich garantierte Exportkredite sowie multilateral gespeiste Entwicklungsfonds. Diese Geldflüsse sind Darlehen, die die Empfängerländer zurückzahlen müssen, und die außerdem mit Zinspflichten sowie speziellen wirtschaftspolitischen Auflagen einhergehen. Seit 2001 übersteigen die Rückzahlungen an die Gläubiger die Kreditzahlungen: Die »Entwicklungskredite« entziehen damit den Empfängern von »Entwicklungshilfe« mehr Geld als sie von ihren »Geldgebern« erhalten. Beispielsweise exportieren multilaterale Entwicklungsagenturen unterm Strich jährlich etwa zehn Milliarden US-Dollar Kapital vom Globalen Süden in den Globalen Norden.<sup>51</sup>

Die globale Geld- und Finanzordnung und ihre imperialen Eigenschaften zu beschreiben, ohne dabei einen Blick auf den US-Dollar und seine Rolle als »Weltgeld« zu werfen, wäre unvollständig. Bei den Verhandlungen um die Finanzordnung der Nachkriegszeit in Bretton Woods im Jahr 1944 sprach sich der britische Ökonom Keynes für die Einführung einer internationalen Verrechnungseinheit aus, in der globale Finanztransaktionen abgewickelt werden sollten. Doch die Verhandlungsposition der USA setzte sich durch und der US-Dollar wurde zum internationalen Zahlungsmittel erklärt. Zwar wurde im Jahr 1971 die Bindung des Dollars an Gold und die Dollarbindung der anderen Währungen (das System fester Wechselkurse) aufgehoben. Dennoch hat der Dollar seine Doppelfunktion als nationale Währung und Weltwährung bis heute beibehalten. Dadurch können sich die Vereinigten Staaten technisch unbegrenzt in ihrer eigenen Währung verschulden. Die Staatsverschuldung der USA beträgt knapp 20 Billionen US-Dollar.<sup>52</sup> Anders als für Griechenland stellt die Staatsverschuldung und das enorme Außenhandelsdefizit für die USA jedoch kein Problem dar. Ein großer Teil des internationalen Handels wird in US-Dollar abgewickelt, Devisenreserven, das heißt der Bestand an fremden Währungen einer Zentralbank, werden häufig in Dollar angelegt.<sup>53</sup> Die Stabilität des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems basiert darauf, dass die Solvenz der USA nicht grundsätzlich hinterfragt wird. Wie es der Finanzminister unter US-Präsident Richard Nixon ausdrückte: »Unsere Währung – euer Problem.«<sup>54</sup>

Ob die Erpressung der griechischen Regierung durch die EZB oder unbegrenzte Liquidität der US-amerikanischen Notenbank FED (Federal Reserve System) – Geld, Währungen und Schulden sind politische Konstrukte und ordnen internationale Machtverhältnisse. Das bedeutet: Die individuelle Lebensweise ist nicht nur direkt mit dem globalen Geld- und Finanzsystem verknüpft (etwa durch das Girokonto), sondern auch indirekt. Private finanzielle Handlungen sind auf stabile (nationale) Wachstums- und Währungsräume angewiesen. Wie die obigen Beispiele zeigen, wird diese *innere* Stabilität teilweise durch die Abschöpfung von aggregierter Nachfrage, von Ersparnissen und von Zinszahlungen *außerhalb* gewährleistet. Bei diesem »imperialen« Zugriff auf die Wirtschaftskraft anderer Weltregionen handelt es sich um einen strukturellen Effekt, der nur schwer zu durchschauen ist. Einfache Argumente, etwa, dass die europäischen »Krisenstaaten« oder »Entwicklungsländer« selber für ihre ökonomische Misere verantwortlich sind, können sich einfacher durchsetzen. Richtig sind sie nicht.

»Unsere Währung – euer Problem.«

(John Connally, Finanzminister von Richard Nixon, 1971)



## Finanzprodukte – die Welt wird zur Ware

Bis zu diesem Punkt haben wir deutlich gemacht, wie Geld und Schulden die individuelle Lebensweise mit (globalen) ökonomischen Verhältnissen und ihren negativen Auswirkungen verknüpfen. Doch Geld und Schulden sind nicht die einzigen Bausteine des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems. Eine wichtige Rolle nehmen Finanzprodukte ein. Bei Finanzprodukten handelt es sich um Anlagevehikel, in die investiert werden kann, um ein Kapitaleinkommen zu erzielen. Um neue Einkommensquellen für anlagensuchendes Kapital zu erschließen, werden viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zunehmend marktförmig organisiert und den Finanzmärkten untergeordnet. Die Daseinsvorsorge, Gesundheits- und Sozialsysteme, öffentliche Infrastrukturen und selbst die Biosphäre werden nach und nach für private Investitionen geöffnet und ihren Profiterwartungen angepasst. Durch Unfall- und Lebensversicherungen, die Altersvorsorge oder Bausparverträge werden Millionen von Menschen selber zu Akteuren auf den Finanzmärkten – manchmal ohne das zu wissen oder zu wollen.

### *Private Altersvorsorge – der/die Rentner\*in wird zum Anleger*

Beispiel Rentenversicherung: Die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise der Vorkriegszeit prägten bis zur Jahrtausendwende die Rentenpolitik in Deutschland. Zentrale Ziele waren deshalb, die Einlagen der Menschen unabhängig vom Finanzmarkt zu halten und den Lebensstandard im hohen Alter zu sichern. Nach zahlreichen Reformen vollzog die Agenda-2010-Politik der rot-grünen Regierung einen Paradigmenwechsel. Die Kürzung der staatlichen Ausgaben und die Fokussierung auf Eigenverantwortung sollten die (Lohnneben-)Kosten senken und schafften so die Grundlage für eine kapitalbasierte Privatsvorsorge. Der Paradigmenwechsel äußerte sich vor allem in der Riester-Rente.

Die Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 etablierte einen für Banken und Versicherungsagenturen höchst attraktiven, weil risikoarmen Markt. Die staatliche Subventionierung der privaten Altersvorsorge führte zu 16 Millionen Vertragsabschlüssen. Der Staat bindet Banken und Versicherer weder an eine Mindestrendite für die Versicherten noch an einen Inflationsausgleich oder an eine Obergrenze für Verwaltungskosten. Die Banken müssen nur die eingezahlten Einlagen und staatlichen Zuschüsse garantieren. Die Mehrzahl der Verträge aber bieten weder die geschätzte Durchschnittsrendite von 4 %, überschreiten jedoch in ihrer Mehrzahl die kalkulierte Obergrenze von 10 % der eingezahlten Einlagen für Verwaltungskosten.

Für Menschen mit niedrigen Einkommen könnte sich die private Altersvorsorge schnell zu einem Minusgeschäft entwickeln. Mit fatalen Folgen. Seit der Einführung der Riester-Rente sinkt das Rentenniveau bedenklich: Während 2001 die Rente bei 53 % des durchschnittlichen Bruttolohnes lag, liegt sie heute bei 47,6 % und droht weiter abzusinken. Besonders makaber ist, dass die Politik diesen Paradigmenwechsel mit einem zweifelhaften demografischen Trend legitimiert und durchgesetzt hat. Heute verneint selbst die aktuelle Bundesregierung diese Prognosen und rechnet mit einer stabilen Bevölkerungsentwicklung. Jedoch setzt sie weiterhin auf eine Rentenpolitik, die auf Kapitalmärkten fußt.

» Während 2001 die Rente bei 53 % des durchschnittlichen Bruttolohnes lag, liegt sie heute bei 47,6 % und droht weiter abzusinken.«

Seit Einbruch der Eurokrise und der darauffolgenden Niedrigzinspolitik der EZB und weiterer Zentralbanken werfen Staatsanleihen kaum noch Rendite ab. Das Geschäftsmodell der kapitalgedeckten Altersvorsorge gerät daher an seine Grenzen.<sup>55</sup> Sollten Staatsanleihen und andere Anlageprodukte bei einer erneuten Finanzkrise an Wert verlieren, wäre auch die finanzielle Vorsorge für das Alter in Gefahr. Nicht nur die Altersvorsorge ist damit von der Stabilität internationaler Finanzmärkte abhängig geworden.

### *Hauptsache Verwertung*

Lebensversicherer, Pensionsfonds und Rentenkassen zählen zu den sogenannten »institutionellen Investoren«, zu denen auch Hedgefonds zählen. Daneben gibt es private Investoren, wie etwa Investmentbanken, sowie staatliche Fonds. Alle Kapitalfonds funktionieren nach demselben Prinzip. Sie sammeln Geld aus verschiedenen Quellen und legen es in Wertpapiere oder Eigentumstitel an. Aus deren Einkommensstrom (zum Beispiel Mieten) und Wertsteigerung (zum Beispiel steigende Immobilienpreise) entsteht ein Profit. In anderen Worten handelt es sich bei einem Wertpapier beziehungsweise Eigentumstitel um einen rechtlich kodifizierten Anspruch auf zukünftig erwirtschaftete Einkommen von Unternehmen, Staaten oder Einzelpersonen. Außerdem werden kurzfristige Preisschwankungen auf Währungs- und Gütermärkten ausgenutzt und mittels Derivaten, sogenannte Termingeschäfte, Wetten auf zukünftige Preisentwicklungen von Wertpapieren abgeschlossen. Derzeit lässt sich ein Überschuss an anlagensuchendem Geldkapital im Verhältnis zu den profitablen Investitionsmöglichkeiten feststellen. Daher bilden sich Preisblasen auf den Finanzmärkten, die sich in steigenden Mieten, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen bemerkbar machen. Wenn diese Preisblasen zusammenbrechen, müssen die Finanzmärkte neue Anlagefelder suchen.<sup>56</sup>

Besonders eindrücklich lässt sich das am Beispiel *Land Grabbing* beobachten. Der großflächige Landerwerb durch Investoren ist seit der Finanzkrise sprunghaft angewachsen – von etwa zwei Millionen Hektar (2007) auf 30 Millionen (2009) (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT, S. 72).<sup>57</sup> Der Kollaps des Hypothekenkreditgeschäfts in den USA lies Investoren nach sicheren und langfristig ertragreichen Anlagemöglichkeiten suchen.<sup>58</sup> Die massive Landnahme dient häufig dazu, Nahrungsmittel für den Export zu produzieren und sie industriell weiterzuverarbeiten (zum Beispiel zur Produktion von Bioethanol oder Fleisch). Längst ist Land Grabbing kein Phänomen des Globalen Südens mehr – auch in den USA, Europa oder Australien findet Land Grabbing statt. Staatliche Fonds und institutionelle Investoren – auch Pensionsfonds – beteiligen sich an den Geschäften.<sup>59</sup>

Den imperialen Zugriff auf die Natur, an dem über Einlagen in institutionelle Investoren oder Investmentbanken viele Menschen indirekt beteiligt sind, treibt das *Green Grabbing* auf die Spitze. Dabei handelt es sich um die Vermessung und Vermarktung der Natur im großen Stil. Nicht nur Agrarland, sondern sogenannte Ökosystemdienstleistungen werden als Investitionsobjekte angeboten. Eine »Dienstleistung« in diesem Sinne ist beispielsweise das Einsparen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diese Einsparungen – meistens im Globalen Süden – werden als Klimazertifikate weiterverkauft (siehe Infobox »Emissionshandel und

Offsets«). Durch sie können Verbraucher\*innen ›klimaneutral‹ einkaufen oder in den Urlaub fliegen. Tatsächlich stecken hinter den vermeintlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungsprojekten nicht selten ökologisch und sozial schädliche Großprojekte. Ob diese Projekte tatsächlich CO<sub>2</sub> absorbieren und inwieweit sie das Klima dabei effektiv schützen, ist hochumstritten. Dem Trend, Klimaschutz- und Anpassungsprojekte durch *Green Finance* – also naturvermittelte Anlageprodukte – zu finanzieren, tut das keinen Abbruch.<sup>60</sup>

Die Tragweite dieser Entwicklung lässt sich nicht überbewerten. Wurden bisher ›nur‹ Land, Rohstoffe und Tiere zur Ware gemacht und in Kapitalkreisläufe einbezogen, wird nun die Biosphäre als Ganze – vor allem ihre Funktion als Senke für Abgase und Abfall – marktkonform gemacht und in einen Investitionsgegenstand verwandelt. Dabei geht es nur vordergründig um ökologische Nachhaltigkeit. Tatsächlich geht es darum, die finanzmarktdominierte Produktionsweise zu stabilisieren, indem anlagensuchendem Kapital neue Profitquellen ermöglicht werden.<sup>61</sup>

Die Lebensweise im Globalen Norden und den urbanen Ober- und Mittelschichten ist durch ihre Geld- und Finanzanlagen mit dieser Produktionsweise verflochten. Selbst wenn durchschnittliche Arbeitnehmer\*innen nicht direkt große Kapitalmengen beisteuern – wie etwa sogenannte ›High-net-worth Individuals‹, also Personen mit investierbarem Vermögen – gibt es ein allgemeines Interesse an stabilen Währungs- und Wachstumsräumen. Kollabiert das Bankensystem oder gehen Kapitalfonds die Anlagemöglichkeiten aus, verliert nicht nur die Managementetage, sondern es stehen auch Bank- und Renteneinlagen auf dem Spiel. Dies erschwert eine solidarische Politik, die nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste privatisiert, gemeinwohl-schädliche Schulden vernichtet und Bereiche des öffentlichen Lebens und der Natur vor dem Zugriff der Finanzmärkte schützt.

### Ausblick: Eine Transformation des Geld- und Finanzsystems?

Im Zuge der Finanzkrise 2007 wurden Forderungen laut, Geld und vor allem Finanzen besser zu kontrollieren. Nach anfänglicher Aufbruchsstimmung verliefen diese Forderungen jedoch im Sande, sodass es seitdem kaum nennenswerte Verbesserungen gab.<sup>62</sup> Allerdings scheinen sich mehr Menschen für nachhaltige Geldanlagen und Finanzprodukte zu interessieren.<sup>63</sup> So gewinnen ›nachhaltige‹ Banken wie die GLS-Bank, die Umweltbank, die Ethik-Bank oder die Triodos Bank derzeit vergleichsweise viele Kund\*innen.<sup>64</sup> Trotzdem bleiben sie bisher eine Nische im Bankensektor. Es stellt sich außerdem die Frage, wie relevant ein anderes Konsumverhalten auf individueller Ebene für eine Veränderung der Gesamtwirtschaft ist.

Inwieweit anders Einkaufen und Geld anlegen auch tatsächlich zu einem Wandel beiträgt, ist umstritten. Damit ethischer Konsum die Strukturen der Wirtschaft verändert, müssten sich sehr viele Menschen danach richten. Dem steht zweierlei im Wege. Zum einen müssten viele Menschen entgegen ihrer kurzfristigen Interessen handeln. Und es ist gar nicht so einfach, Produkte zu finden, die nachweislich umweltverträglich, sozial gerecht und ökonomisch erschwinglich sind.<sup>65</sup> ›Nachhaltiger Konsum‹ will also gelernt sein.<sup>66</sup> Dafür müsste in der Bildung, aber auch in den Medien und der Werbung ein Umdenken erfolgen.<sup>67</sup> Das zweite Hindernis für konsumbasierte Transformationspfade ist struktureller Natur. Märkte vereinheit-

lichen für gewöhnlich nicht, sondern sie differenzieren. Dies bedeutet ökologische Konsum- und Investmentmöglichkeiten schaffen Marktsegmente für einen wohlhabenden und speziellen Kundenstamm. Doch solange es arme Menschen gibt, können sich nicht alle Menschen einen ethischen Konsum ›leisten‹.

Es zeigt sich also, dass einem Wandel im Konsumverhalten Veränderungen in anderen Bereichen vorausgehen müssen, bevor eine kritische Masse erreicht werden kann. Eine besondere Rolle nimmt die staatliche Politik ein. Denn durch Gesetze kann sie für alle verbindliche Vorgaben zum Verhalten machen. Allerdings muss die Zivilgesellschaft die staatlichen Institutionen häufig erst in langwierigen Prozessen dazu bringen, entsprechende Gesetze zu verabschieden. Und selbst dann können Lobbygruppen diese wieder aufweichen, durchlöchern oder ganz abschaffen. So hat beispielsweise vor allem die Lobbyarbeit von Finanzfirmen die Einführung einer seit 2011 geplanten Finanztransaktionssteuer bisher verhindert.<sup>68</sup>

Ein Ansatz, der langsam auch die etablierte Politik erreicht, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Es schreibt jedem Menschen ein Recht auf materielle Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu<sup>69</sup> und steht deswegen vor allem als Mittel zur Bekämpfung von Armut hoch im Kurs.<sup>70</sup> Auch für die bisherige Rentenpolitik würde dies einen Paradigmenwechsel bedeuten: Dem Druck, Rentenverträge abzuschließen, die auf Finanzprodukten basieren, könnte dies den Boden entziehen. Aber auch aus anderen Gründen ist das Grundeinkommen interessant. Feministische Konzepte etwa, wie beispielsweise die *Care Revolution* (siehe SORGE), betrachten es als einen Schritt in die richtige Richtung, da »[d]ie ökonomische Absicherung [...] zwar keine hinreichende, jedoch in jedem Falle förderliche Bedingung der Emanzipation«<sup>71</sup> ist.<sup>72</sup>

Das Grundeinkommen kann durchaus die Lebensqualität verbessern und die Wirtschaft effektiver gestalten, wenn es mit einem weitgehenden sozial-ökologischen Umbau verknüpft wird – sonst könnte es zu einem höheren Zugriff auf Arbeit und Natur im Globalen Süden führen. Auch viele ökonomische Strukturprobleme, etwa die extreme Ungleichheit von bestehenden Vermögen und Einkommen, sowie die Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte, lassen sich damit nicht lösen. Schon seit den 1980er Jahren wird über die positiven Auswirkungen eines Schuldenschnitts für überschuldete Volkswirtschaften diskutiert. Wie im zweiten Abschnitt (Schulden mit System) dargestellt, zerstört ein Schuldenschnitt kein bestehendes Vermögen, welches unabhängig von der Kreditbeziehung existieren würde. Denn ohne Schuld, kein Guthaben. Anstatt eines wohlthätigen ›Schuldenschnitts‹ handelt es sich bei einem Schuldenschnitt also eher um eine notwendige ordnungspolitische Intervention im Falle von Kreditvergaben, deren Konditionen (Zinsen, Austeritätspolitik) die Funktionsfähigkeit und Sozialstaatlichkeit der betreffenden Volkswirtschaften untergraben.

Dabei existieren verschiedene Konzepte eines Schuldenschnittes. Der IWF etwa entwickelt seit einigen Jahren einen ›Mechanismus zur Restrukturierung öffentlicher Schulden‹ (Sovereign Debt Restructuring Mechanism).<sup>73</sup> Im Fokus stehen dabei jedoch die Interessen der Gläubiger, möglichst viele ihrer Kredite zurückbezahlt zu bekommen. Anders verhält es sich mit dem Ansatz des ›Schulden-Audits‹. Ein ›Audit‹, eine Art ›Untersuchungsausschuss‹ unter Beteiligung der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, soll die Herkunft der Kredite und deren Entstehungskontext eingehend untersuchen. Unter dem



Druck sozialer Bewegungen soll er untersuchen, welche Kredite unter fragwürdigen Bedingungen zustande gekommen sind oder für zweifelhafte Zwecke aufgewendet wurden. Die entsprechenden Kredite werden gestrichen. Bei diesem Konzept steht also nicht ein wohltätiger oder ordnungspolitischer Akt im Vordergrund, sondern die demokratische Kontrolle von Staat und Finanzmärkten.<sup>74</sup>

Ein Ansatz, der für sich proklamiert »jenseits von Markt und Staat«<sup>75</sup> zu funktionieren, ist das *Commoning*. Dieser Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass Eigentum erst Knappheit schafft. Gegenstände werden besessen, aber nicht gebraucht, und fehlen daher an anderer Stelle. Das *Commoning* dreht diese Logik um.<sup>76</sup> Allerdings geht es beim *Commoning* gerade nicht darum, dass Eigentümer\*innen ihre sonst stillstehenden Autos vermieten, sondern um einen offenen (also unentgeltlichen), wenn auch geregelten, Zugang.<sup>77</sup> Eine derartige Bereitstellung verschiedener Güter könnte auch das soziale Engagement fördern: Sie macht die Menschen von einander abhängiger und veranlasst sie dazu, etwas beizutragen anstatt zu tauschen; also Arbeit zu verrichten, nicht um Geld zu verdienen, sondern um miteinander sinnvoll oder aus Notwendigkeit tätig zu werden. So neu ist diese Idee nicht. Ackerland galt in verschiedenen Epochen und Regionen als Allmende, das heißt die Dorfgemeinschaft bewirtschaftete sie gemeinsam (siehe HISTORISCHER ABRISSE). Ein solches Verständnis der gemeinsamen Nutzung von Produktionsmitteln gilt es im Sinne der Commons wiederzubeleben. Dabei schließen feministische Ansätze auch Sphären jenseits der herkömmlichen Wirtschaft ein, indem sie auch Sorgetätigkeiten (siehe SORGE) in eine Kooperative einbetten wollen.

Doch so sinnvoll diese Alternativen auch sind, können sie den Ausschluss armer Menschen nur in bestimmten Nischen kompensieren. Abseits dieser Inseln geht das geldfinanzierte Wirtschaften unbeirrt weiter. Eine Transformation des Geld- und Finanzsystems kann daher nur ein Ineinandergreifen verschiedener Handlungsebenen leisten. Ethischer Konsum kann im bestehenden Wirtschaftssystem Aufmerksamkeit für nachteilige Produktionsverhältnisse erzeugen und ermöglicht das Experimentieren mit nachhaltigen und fairen Produktionsmethoden. Staatliche Politik kann, wenn sie öffentlicher Druck dazu verleitet, Rahmenbedingungen für andere Produktionsbedingungen und Konsumweisen herstellen. Um der extremen Ungleichheit auf der Erde – laut Oxfam (2017) besitzen acht Männer so viel wie die halbe Menschheit – zu begegnen (siehe Abb. 5.1), reicht das jedoch nicht aus. Breite soziale Bewegungen müssen für strukturelle Übergänge eintreten, die die Macht der Finanzmärkte, des anlagesuchenden Geldkapitals und der Schulden zurückdrängen. Um aus ökonomischen Brüchen und Systemreformen tatsächlich mit Alternativen zur profit- und wachstumsbasierten Wirtschaftsweise hervorzugehen, ist *Commoning* wichtig. Die hier vorgestellten Alternativen – Tauschringe, Grundeinkommen, Schuldenschnitt oder Commons – sind nur realistisch, wenn sie ein Zusammenspiel aus Pionierprojekten, sozialen Bewegungen und institutionellen Strategien durchsetzen und miteinander vernetzen.

### Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage [www.aufkostenanderer.org](http://www.aufkostenanderer.org).

## Endnoten

- 1 Nagel, 2016
- 2 Diestelmann & Zacharakis, 2015
- 3 Bose, 2008, S. 2
- 4 Binswanger, 2008
- 5 Kellermann, 2017
- 6 Habermann, 2016
- 7 Habermann, 2016
- 8 Graeber, 2011
- 9 Seibert, 2015
- 10 Kitzmüller, 2007
- 11 Fricke, 2010, S. 13; Graeber, 2011, S. 15; Reifner, 2017, S. 302
- 12 Creutz, 2004
- 13 Deutschmann, 1996, S. 6; Habermann, 2016, S. 110–111; Piff, Stancato, Cote, Mendoza-Denton & Keltner, 2012
- 14 Gómez-Baggethun, 2016, S. 152
- 15 Bogun, 2012
- 16 BAuA, 2015, S. 20; Büchs & Schnepf, 2013, S. 118
- 17 Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008
- 18 Deutschmann, 2000
- 19 Helfrich & Bollier, 2016
- 20 Bänziger, 2015, S. 12–13; Conze, 2009, S. 20
- 21 Bierhoff, 2016
- 22 Kellermann, 2017, S. 352
- 23 Conze, 2009, S. 667–668; Luhmann, 1994
- 24 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 295
- 25 Kitzmüller, 2007, S. 103; Latouche, 2016, S. 98
- 26 Bierhoff, 2016, S. 3
- 27 Habermann, 2016, S. 24
- 28 Bierhoff, 2016, S. 3
- 29 Reifner, 2017, S. 1
- 30 Tenhagen, 2016
- 31 Schlenk, 2014
- 32 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 283, 292
- 33 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 283
- 34 Dan, 2016, S. 86
- 35 Dan, 2016, S. 86
- 36 Frühauf, 2014; Nagel, 2016
- 37 IMF, 2016
- 38 Zeller, 2011
- 39 Facing Finance, 2017; Meck, 2013
- 40 Facing Finance & Urgewald, 2016
- 41 Keen, 2011
- 42 Jakab & Kumhof, 2015
- 43 Binswanger, 2009, S. 3–5
- 44 Attac Österreich, 2017
- 45 McNally, 2009
- 46 Zeller, 2012
- 47 Stockhammer, 2013
- 48 Attac Österreich, 2017
- 49 Diestelmann & Zacharakis, 2015
- 50 Gurtner, 2007
- 51 Gurtner, 2007
- 52 Haushaltssteuerung, 2016
- 53 Evans, 2009
- 54 Ferguson, 2005
- 55 Tenhagen, 2016
- 56 Zeller, 2013
- 57 Arezki, Deininger & Selod, 2015, S. 218
- 58 Zeller, 2010
- 59 Ouma, 2014
- 60 Fairhead, Leach & Scoones, 2012
- 61 Aizawa, 2016
- 62 Young, 2013
- 63 Reifner, 2017, S. 291
- 64 Wirtschaftswoche, 2013
- 65 Brunner, 2014, S. 5
- 66 Latouche, 2016, S. 98; Reifner, 2017, S. 292–294
- 67 Bierhoff, 2016, S. 48; Sekulova, 2016, S. 134; Latouche, 2016, S. 98
- 68 Moritz, 2013; Neuhaus, 2014
- 69 Alexander, 2016, S. 215
- 70 Alexander, 2016, S. 215
- 71 Reitter, 2012, S. 118
- 72 Habermann, 2016, S. 59; Winker, 2012, S. 48
- 73 IMF, 2002
- 74 Fattorelli, 2014
- 75 Helfrich & Bollier, 2016, S. 90
- 76 Habermann, 2016, S. 10–11
- 77 Habermann, 2016, S. 12–13; Helfrich & Bollier, 2016, S. 91



Alle reden von Missständen und Krisen: Hier die Klima- und Rohstoffkrise, dort die sozial-politische Dauerkrise Griechenlands oder die menschenverachtende Ausbeutung in der Textilindustrie. Die Probleme sind vielen bewusst – dennoch scheint sich wenig zu ändern. Warum? Das Konzept der »Imperialen Lebensweise« erklärt, warum sich angesichts zunehmender Ungerechtigkeiten keine zukunftsweisenden Alternativen durchsetzen und ein sozial-ökologischer Wandel daher weiter auf sich warten lässt.

Dieses Dossier stellt das Konzept der imperialen Lebensweise vor und erläutert, wie unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise Mensch und Natur belastet. Dabei werden verschiedene Bereiche unseres alltäglichen Lebens beleuchtet, unter anderem Ernährung, Mobilität und Digitalisierung. Schließlich werden sozial-ökologische Alternativen und Ansatzpunkte vorgestellt, wie wir ein gutes Leben für alle erreichen – anstatt ein besseres Leben für wenige.

Der gemeinnützige Verein **Common Future e.V.** aus Göttingen arbeitet in verschiedenen Projekten zu globaler Gerechtigkeit und sozial-ökologischem Wirtschaften. Vom April 2016 bis zum Mai 2017 veranstaltete er die »I.L.A. Werkstatt« (Imperiale Lebensweisen – Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert).

Hieraus ist das interdisziplinäre **I.L.A. Kollektiv**, bestehend aus 17 jungen Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen, hervorgegangen. Das erklärte Ziel: ein Jahr gemeinsam zum wissenschaftlichen Konzept der imperialen Lebensweise zu arbeiten und dieses für eine breite Öffentlichkeit aufzubereiten.



19,95 Euro [D]  
20,60 Euro [A]  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

 **oekom**